

FDP Rheinland-Pfalz

Wahlprüfsteine Architektenkammer Rheinland-Pfalz

Stand: 13.02.2026

Planung ist wertvoll

In den freien Büros wie in der Verwaltung erbringen die planenden Berufe Leistungen der Daseinsvorsorge: Vom Wohnungsbau über den klimaresilienten Umbau der Kommunen, von der Umsetzung des Infrastrukturpaketes bis zur Realisierung der Bauwende und dem Einstieg in eine echte Ressourcenschonung durch Kreislaufwirtschaft - jeder Wirtschaftsleistung im Baubereich gehen Planungs- und Genehmigungsleistungen voran. Ohne gute Planung kein gutes Bauen! Städte und Kommunen verdienen die beste, nicht die erstbeste Planungslösung. Nachhaltig gute und wirtschaftliche Lösungen für Schulen und Krankenhäuser, für Plätze und Straßen, für Wohnen und Arbeiten sind nicht billig zu haben. Die überwiegend in kleinen und mittleren Einheiten organisierten Planungsbüros, die diese Planungsleistungen erbringen sollen, brauchen daher faire Beteiligungschancen und einen offenen Marktzugang. Das Vergabehandeln auf allen Ebenen muss diese Strukturen beachten, um die Fachkompetenz vor Ort zu stärken, die eine Bauwende schaffen, kreislauffähiges Bauen etablieren und so den Gebäudebestand in den nächsten 25 Jahren emissionsfrei planen und umbauen soll. Neben dem fairen Marktzugang sichern auskömmliche Honorare langfristig einen hervorragend qualifizierten, leistungsfähigen Planungssektor.

Hier sehen wir Handlungsbedarf:

– Vergabe im Ideen- und Leistungs- nicht im Preiswettbewerb. Gute Planung muss qualitätsorientiert vergeben und angemessen honoriert werden.

- **Losweise Vergabe zur Mittelstandsförderung beibehalten. Nur dezentrale, selbständige Büros können in der Fläche die Anforderungen der Bauwende stemmen.**
- **Handlungsfähigkeit herstellen - Finanzausstattung der kommunalen Haushalte den Bedarfen anpassen.**
- **Gezielte Innovationsförderung durch öffentliche Bauherren. Die öffentliche Hand muss Vorreiterin bei innovativen Techniken, Baumaterialien und Standards werden.**
- **Klare Verantwortung verbessert Prozessqualität. Gutes Bauen braucht zügige und klare Entscheidungen.**

Für uns Freie Demokraten ist es wichtig, dass hochwertige und qualifizierte Planungsleistungen im Markt verfügbar sind. Dies setzt voraus, dass die am Markt nachgefragten Leistungen auch entsprechend honoriert werden. Ohne ein breites Angebot werden die Mittel des Sondervermögens nicht verbaut werden können.

Zum Grundsatz der losweisen Auftragsvergabe stehen wir Freie Demokraten. Dies haben wir in Regierungsverantwortung immer wieder deutlich gemacht.

Wir stimmen zu, dass die öffentliche Hand, insbesondere vor dem Hintergrund des Sondervermögens und dem damit einhergehenden Auftragsvolumen an einer innovativen Bauweise besonders gelegen sein muss. Hierfür sind auch klare und eindeutige Entscheidungsbefugnisse Voraussetzung.

Bestand schätzen – Ressource schonen

Bis 2040 soll Rheinland-Pfalz klimaneutral werden. Der Bausektor verfügt bei der Realisierung dieses Ziel über eine enorme Hebelkraft, um die erforschten und entwickelten Lösungen in die Breite des Baualltags zu übernehmen. Die Umsetzung des Infrastrukturpaketes bietet jetzt die Chance, Dinge richtig zu machen – oder die Zukunft auf Jahrzehnte zu verbauen. Rheinland-Pfalz muss die Gunst der Stunde nutzen. Nur, wenn ebenso klug wie zügig investiert wird, entfaltet das Investitionspaket die Dynamik, die Land und Kommunen brauchen.

Der Gebäudebestand verursacht noch immer rund 40 Prozent der Treibhausgas Emissionen und mehr als die Hälfte des Abfallaufkommens – Grund genug, den Bestand endlich als Ressource zu verstehen und zu nutzen.

Hier sehen wir Handlungsbedarf:

- Leerstand als Ressource begreifen, Bestand schätzen und ertüchtigen. Vorrang für Sanierung und Umbau! Baulücken- und Flächenkataster erheben.**
- Innenentwicklung als Wirtschafts- und Wertschöpfungsfaktor in der Region verstehen. Konzepte für integrierte Kommunalentwicklung fördern!**
- Sekundäre Baustoffe erschließen – Verwendung ermöglichen.**

Wir Freie Demokraten stimmen zu, dass die Sanierung und der Umbau von Bestandsgebäuden wichtig und förderungswürdig sind. Entsprechend haben wir im Herbst 2025 Anpassungen in der Landesbauordnung vorgenommen, um diesem Anspruch auch Taten folgen zu lassen.

Ebenso haben wir die Voraussetzungen im Landesrecht geschaffen, um den „Bau-Turbos“ auch in Rheinland-Pfalz zu zünden. Hiermit geben wir den Kommunen mehr Flexibilität bei der Bauplanung an die Hand. Der „Bau-Turbo“ soll explizit auch zusätzlichen Wohnraum im Bestand schaffen.

Wir stehen der Verwendung von sekundären Baustoffen offen gegenüber. Ressourcenschonung und Klimaschutz gehen dabei Hand in Hand.

Planen - Genehmigen – Bauen

Trotz eines wirtschaftlich schwierigeren Umfeldes ist die Finanzierung oft nicht mehr der erste limitierende Faktor bei der Umsetzung von Bauvorhaben. Planungs- und Genehmigungsprozesse werden als überlang wahrgenommen, Personalknappheit und überbürokratische Verfahren lähmen die schnelle Umsetzung des Nötigen und führen zu Unverständnis in weiten Teilen der Gesellschaft. Bürokratieabbau erfordert hohe Kompetenz, Mut und die Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme auf allen Seiten. Verfahren, Gesetze und Verordnungen müssen auf den Prüfstand.

Umfang und Komplexität dieser Aufgabe dürfen keine Ausrede sein, nicht sofort zu beginnen. Nur dann wird Verwaltungshandeln schneller und besser. Nur hohe Fachkompetenz in den Behörden macht ein Ausschöpfen von Ermessensspielräumen und damit die Orientierung am Ziel von Regelungen möglich.

Hier sehen wir Handlungsbedarf:

- Verschlinkung von Genehmigungsverfahren**
- Abbau von Mehrfachprüfungen**
- Einfache Regulierung mit Augenmaß bei Ökobilanzierung, Lebenszyklusberechnung und digitalem Gebäuderegister**
- Stärkung der öffentlichen Verwaltung durch Fachkompetenz: Konsequente Besetzung freier Stellen durch Fachleute.**

Wir Freie Demokraten haben uns dem konsequenten Bürokratieabbau verschrieben. So haben wir in der Regierungsverantwortung gemeinsam mit den Koalitionspartnern im Herbst 2025 ein großes Bürokratieabbau-Paket vorangebracht. An diesem Thema wollen wir auch zukünftig dranbleiben. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass wir in Rheinland-Pfalz nur vor unserer „eigenen Haustür kehren können“. Bundes- und Europarecht bleiben nach wie vor ein großer Bürokratietreiber.

Auch wir wünschen uns in der Bauverwaltung einen ausreichenden Personalstock. Dies gilt sowohl in den Kommunalverwaltungen als auch im Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung. Richtig ist aber auch, dass sowohl Kommunalverwaltungen als auch der LBB mit starker Konkurrenz aus der Wirtschaft zu kämpfen haben. Zudem wollen wir, um das bestehende Personal zu entlasten und Ressourcen für die Kernaufgaben freizulegen, konsequent auf Digitalisierung setzen.

Wohnen bezahlbar machen

Seit vielen Jahren besteht in den Ballungsgebieten und den Oberzentren des Landes Wohnraumbedarf. Trotz guter Förderbedingungen wird dieser Bedarf nicht gedeckt. Immer weiter steigende Herstellungskosten, die über Mieten kaum noch refinanzierbar sind, verschärfen das Problem.

Eigentumsbildung ist für viele Menschen unmöglich. Kommunen brauchen kurzfristig Perspektiven und langfristige Entwicklungskonzepte. Eine kluge Innenentwicklung, die neben dem Wohnraum die öffentlichen Freiräume, vorausschauende technische und soziale Infrastrukturprojekte sowie zukunftsfähige Mobilitätskonzepte bedenkt, um so Platz für künftiges Wohnen in einer sich wandelnden Gesellschaft zu schaffen, muss Basis werden.

Hier sehen wir Handlungsbedarf:

- Umnutzungs- und Aufstockungspotenziale konsequent fördern**
- Gebäudetyp e als Regelstandard etablieren: „normal“ ist das neue Normal.**
- Genossenschaftliche Modelle der Eigentumsbildung ermuntern**
- Suffiziente Modelle forcieren. Genug muss genügen.**
- Langfristige, am Gemeinwohl orientierte Raumplanungsperspektiven entwickeln - Kommunale und regionale Bodenfonds fördern.**
- Eigentumsbildung erleichtern - Grunderwerbssteuer für Ersterwerb abschaffen.**

In Regierungsverantwortung haben wir dafür gesorgt, dass Umnutzungs- und Aufstockungspotenziale gehoben werden können.

Hierfür haben wir die Landesbauordnung konsequent angepasst. Der Gebäudetyp e kann für uns ein künftiges Regelmodell darstellen. Das stetige Streben nach dem „Goldstandard“ ist keine Lösung für die aktuellen Herausforderungen des Eigentumserwerbs.

Um Eigentumsbildung zu erleichtern, setzen wir uns für eine Förderung von bis zu 20.000 Euro plus 5.000 Euro pro Kind beim Ersterwerb einer Wohnung oder eines Hauses ein, die von der Grunderwerbsteuer abgezogen werden kann. Wir unterstützen ebenso individuelle Formen des Eigentumserwerbs, die bislang noch wenig verbreitet sind.

Strukturen zukunftsfähig gestalten

In wenigen Jahren werden die geburtenstarken Jahrgänge aus dem Arbeitsleben ausscheiden. Köpfe und Hände werden fehlen, die Aufgaben bleiben. Nur mit Hilfe einer hervorragenden digitalen Infrastruktur können die Effizienzgewinne gehoben werden, die wir brauchen, um Kernaufgaben leistbar zu halten. Allerdings geht der erfolgreichen Digitalisierung die Struktur- und Prozesskritik voran. Baurecht, Städtebauförderung und Dorferneuerung, soziale Wohnraumförderung, ökologische und nachhaltige Siedlungs- und Freiraumentwicklung, Natur- und Umweltschutz, Infrastrukturplanung, Wasser- und Abfallwirtschaft sowie Energiepolitik werden in Rheinland-Pfalz von verschiedenen Ministerien bearbeitet. Im Sinne einer nachhaltigen, abgestimmten, ressortübergreifenden Entwicklung muss diese Trennung überprüft, müssen Entscheidungsstrukturen überdacht und optimiert werden.

Hier sehen wir Handlungsbedarf:

- Bündelung aller Aufgaben (Baurecht und Landesentwicklung, Städtebauförderung und Dorferneuerung, soziale Wohnraumförderung und Ressourcenschonung) in einem Bauministerium
- Auf parlamentarischer Ebene Einrichtung eines eigenen Ausschusses für den Bereich der Landesentwicklung, des Planens und Bauens.

Wir Freie Demokraten stimmen zu, dass durch die Aufteilung von Zuständigkeiten in verschiedenen Ressorts Abstimmungsprozesse verlangsamt werden. Die Bündelung der genannten Aufgaben in einem Haus können wir uns vorstellen. Die Einrichtung eines parlamentarischen Ausschusses für Landesentwicklung, Planen und Bauen wäre die konsequente parlamentarische Abbildung dieser Bündelung.